

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. November 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Andorra über den Informationsaustausch in Steuersachen

A. Problem und Ziel

Sind grenzüberschreitende Sachverhalte aufzuklären, können Beteiligte und andere Personen im Ausland nur im Wege zwischenstaatlicher Amts- und Rechtshilfe zur Sachverhaltsaufklärung herangezogen werden. Die Möglichkeit, Amts- und Rechtshilfe anderer Staaten oder Gebiete beanspruchen zu können, ist umso bedeutender, als grenzüberschreitende Sachverhalte alltäglich geworden sind. Zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe wird regelmäßig auf der Grundlage zwei- oder mehrseitiger völkerrechtlicher Vereinbarungen geleistet.

B. Lösung

Andorra hat den OECD-Standard zu Transparenz und effektivem Informationsaustausch für Besteuerungszwecke vollumfänglich anerkannt und sich bereit erklärt, ihn in Abkommen mit OECD-Mitgliedstaaten umzusetzen. Das am 25. November 2010 mit Andorra unterzeichnete Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen verpflichtet jede Vertragspartei, der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle für ein Besteuerungsverfahren oder ein Strafverfahren erforderlichen Informationen zu erteilen. Das Abkommen enthält alle Kernelemente des OECD-Standards, wie er sich aus dem Musterabkommen für den Auskunftsaustausch (2002) ergibt.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

Fristablauf: 23. 09. 11

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine.

Mithilfe des durch das Abkommen ermöglichten Auskunftsaustauschs werden künftig Steuerausfälle verhindert.

2. Vollzugsaufwand

Die durch das Abkommen entstehenden Kosten lassen sich nicht beziffern; sie werden betragsmäßig nicht ins Gewicht fallen.

E. Sonstige Kosten

Die Wirtschaft ist durch das Gesetz nicht unmittelbar betroffen. Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine direkten Kosten. Den Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen auch keine indirekten Kosten.

Auswirkungen auf die Einzelpreise, das Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Das Abkommen regelt den steuerlichen Informationsaustausch im Verhältnis zu Andorra. Insoweit werden durch das Abkommen Pflichten für die Verwaltung neu eingeführt. Eine Quantifizierung ist mangels fehlender Daten nicht möglich, jedoch ist vor dem Hintergrund des Steuerrechts von Andorra davon auszugehen, dass ein Auskunftsersuchen durch Andorra nur in Ausnahmefällen erfolgen wird. Insofern dürften sich allenfalls geringfügige Auswirkungen aufgrund der Erfüllung der mit dem Abkommen verbundenen Pflichten der Verwaltung ergeben.

Informationspflichten für Unternehmen sowie für Bürgerinnen und Bürger werden durch das Abkommen weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft.

12. 08. 11

Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. November 2010
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Fürstentum Andorra
über den Informationsaustausch in Steuersachen

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 12. August 2011

An die
Präsidentin des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. November 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Andorra über den Informationsaustausch in Steuersachen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Dr. Angela Merkel

Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 25. November 2010
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Fürstentum Andorra
über den Informationsaustausch in Steuersachen****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 25. November 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Andorra über den Informationsaustausch in Steuersachen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen Verfahrensregelungen enthält, die sich auch an die Landesfinanzbehörden richten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine direkten und auch keine indirekten Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Das Vorhaben entspricht einer nachhaltigen Entwicklung, indem es das Steueraufkommen des Gesamtstaates sichert.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Fürstentum Andorra
über den Informationsaustausch in Steuersachen

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Principality of Andorra
on Exchange of Information relating to Tax Matters

Acord
entre la República Federal d'Alemanya
i el Principat d'Andorra
per a l'intercanvi d'informació en matèria fiscal

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Fürstentum Andorra,
im Folgenden die „Vertragsparteien“, –

The Federal Republic of Germany
and
the Principality of Andorra,
hereinafter the „Contracting Parties“ –

La República Federal d'Alemanya
i
el Principat d'Andorra,
d'ara endavant les “parts contractants”,

in dem Wunsch, die Bedingungen des
Auskunfts-austauschs in allen Steuersachen
zu erweitern und zu erleichtern,

Whereas the Contracting Parties wish to
enhance and facilitate the terms and condi-
tions governing the exchange of information
relating to all tax matters;

Considerant el desig de les parts con-
tractants de promoure i facilitar les condi-
cions que regeixen l'intercanvi d'informació
en matèria fiscal;

in der Erkenntnis, dass das folgende Ab-
kommen nur für die Vertragsparteien Ver-
pflichtungen enthält –

Whereas the Contracting Parties recog-
nise that the following Agreement contains
obligations on the part of the Contracting
Parties only –

Considerant que les parts contractants
són conscients que aquest Acord única-
ment obliga les parts contractants;

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Acorden el següent:

Artikel 1

Geltungsbereich des Abkommens

Die zuständigen Behörden der Vertrags-
parteien leisten einander Unterstützung
durch den Austausch von Informationen,
die für die Durchführung des jeweiligen
Rechts der Vertragsparteien betreffend die
unter dieses Abkommen fallenden Steuern
voraussichtlich erheblich sind, einschließ-
lich Informationen, die für die Festsetzung
und Erhebung dieser Steuern, für die Voll-
streckung von Steuerforderungen oder für
Ermittlungen in oder die Verfolgung von
Steuerstrafsachen voraussichtlich erheblich
sind. Die Rechte und der Schutz, die Perso-

Article 1

Scope of the Agreement

The competent authorities of the Con-
tracting Parties shall provide assistance
through exchange of information that is
foreseeably relevant to the administration
and enforcement of the respective laws of
the Contracting Parties concerning taxes
covered by this Agreement, including infor-
mation that is foreseeably relevant to the
determination, assessment and collection
of such taxes, the recovery and enforce-
ment of tax claims, or the investigation or
prosecution of criminal tax matters. The
rights and safeguards secured to persons

Article 1

Àmbit d'aplicació de l'Acord

Les autoritats competents de les parts
contractants es presten assistència per a
l'intercanvi d'informació que sigui previsi-
blement pertinent per executar i aplicar la
legislació interna de les parts contractants
relativa als impostos als quals fa referència
aquest Acord, inclosa la informació que si-
gui previsiblement pertinent per determinar,
establir o recaptar aquests impostos, per
cobrar o executar reclamacions tributàries
o per investigar i enjudiciar delictes fiscals.
Els drets i les salvaguardes garantits a les
persones per la legislació o la pràctica ad-

nen nach den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis der ersuchten Vertragspartei gewährt werden, bleiben anwendbar.

by the laws or administrative practice of the requested Contracting Party remain applicable.

ministrativa de la part requerida romanen aplicables.

Artikel 2

Zuständigkeit

Die ersuchte Vertragspartei ist nicht zur Erteilung von Informationen verpflichtet, die ihren Behörden nicht vorliegen und sich auch nicht im Besitz oder in der Verfügungsmacht von Personen in ihrem Hoheitsbereich befinden.

Article 2

Jurisdiction

A requested Contracting Party is not obligated to provide information which is neither held by its authorities nor in the possession of or obtainable by persons who are within its territorial jurisdiction.

Article 2

Jurisdicció

La part contractant requerida no està obligada a proporcionar informació que no estigui en possessió de les seves autoritats o que persones subjectes a la seva jurisdicció territorial no posseeixin ni puguin obtenir.

Artikel 3

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt für folgende Steuern:

a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

- die Einkommensteuer,
- die Körperschaftsteuer,
- die Gewerbesteuer,
- die Vermögensteuer,
- die Erbschaftsteuer,
- die Umsatzsteuer,
- die Versicherungsteuer,

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge;

b) in Bezug auf Andorra:

- die Steuer auf die Übertragung von unbeweglichem Vermögen („*Impost sobre les transmissions patrimonials immobiliàries*“),
- die Steuer auf den Wertzuwachs bei der Übertragung von unbeweglichem Vermögen („*Impost sobre les plusvàlues en les transmissions patrimonials immobiliàries*“)

sowie die nach den Rechtsvorschriften des Fürstentums Andorra eingeführten direkten Steuern.

(2) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden, sofern die Vertragsparteien dies vereinbaren. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten einander über wesentliche Änderungen bei den unter dieses Abkommen fallenden Besteuerungs- und damit zusammenhängenden Informationsbeschaffungsmaßnahmen.

Article 3

Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to the following taxes:

a) in respect of the Federal Republic of Germany:

- the income tax (Einkommensteuer);
- the corporation tax (Körperschaftsteuer);
- the trade tax (Gewerbesteuer);
- the capital tax (Vermögensteuer);
- the inheritance tax (Erbschaftsteuer);
- the value added tax (Umsatzsteuer);
- the tax on insurance premiums (Versicherungsteuer)

including the supplements levied thereon;

b) in respect of Andorra:

- the tax payable on transfer of immovable property (Impost sobre les transmissions patrimonials immobiliàries);
- the tax payable on the increase in value in property transfer (Impost sobre les plusvàlues en les transmissions patrimonials immobiliàries)

and the existing direct taxes introduced by the laws of Andorra.

(2) This Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to or in place of the existing taxes if the Contracting Parties so agree. The competent authorities of the Contracting Parties shall notify each other of any substantial changes to the taxation and related information gathering measures covered by the Agreement.

Article 3

Impostos coberts

(1) Aquest Acord s'aplica als impostos següents:

a) pel que fa a la República Federal d'Alemanya:

- l'impost sobre la renda de les persones físiques (Einkommensteuer),
- l'impost sobre la renda de les societats (Körperschaftsteuer),
- l'impost sobre les activitats econòmiques (Gewerbesteuer),
- l'impost sobre el patrimoni (Vermögensteuer),
- l'impost sobre successions i donacions (Erbschaftsteuer),
- l'impost sobre el valor afegit (Umsatzsteuer),
- l'impost sobre la prima d'assegurances (Versicherungsteuer),

inclosos els suplementes que en derivin.

b) pel que fa a Andorra:

- l'impost sobre les transmissions patrimonials immobiliàries,
- l'impost sobre les plusvàlues en les transmissions patrimonials immobiliàries

i els impostos directes existents establerts per la legislació d'Andorra;

(2) Aquest Acord també s'aplica als impostos de naturalesa idèntica o anàloga que s'estableixin posteriorment a la signatura de l'Acord i que complementin o substitueixin els impostos en vigor, si les parts contractants així ho acorden. L'autoritat competent de cada part contractant notifica a l'altra part les modificacions legislatives substancials que afectin les obligacions fiscals i les mesures de recopilació d'informació establertes per aquest Acord.

Artikel 4**Begriffsbestimmungen**

(1) Für die Zwecke dieses Abkommens, sofern nichts anderes bestimmt ist,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Andorra“ das Landgebiet nach andorranischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, in dem das Fürstentum Andorra Hoheitsbefugnisse und souveräne Rechte ausübt;
- c) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - (i) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnis delegiert hat; in Steuerstrafsachen ist dies das Bundesministerium der Justiz oder die Behörde, an die es seine Befugnis delegiert hat;
 - (ii) im Fürstentum Andorra den Finanzminister oder seinen bevollmächtigten Vertreter;
- d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
- f) bedeutet der Ausdruck „börsennotierte Gesellschaft“ eine Gesellschaft, deren Hauptaktiengattung an einer anerkannten Börse notiert ist und deren notierte Aktien von jedermann ohne Weiteres erworben oder veräußert werden können. Aktien können „von jedermann“ erworben oder veräußert werden, wenn der Erwerb oder die Veräußerung von Aktien weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Investorengruppe beschränkt ist;
- g) bedeutet der Ausdruck „Hauptaktiengattung“ die Aktiengattung oder die Aktiengattungen, die eine Mehrheit der Stimmrechtsanteile und des Wertes der Gesellschaft darstellen;
- h) bedeutet der Ausdruck „anerkannte Börse“ eine Börse, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen;
- i) bedeutet der Ausdruck „Investmentfonds oder Investmentsystem für gemeinsame Anlagen“ eine Investitionsform für gemeinsame Anlagen, ungeachtet der Rechtsform. Der Ausdruck „öffentlicher Investmentfonds oder öffentliches Investmentsystem für gemeinsame Anlagen“ bedeutet einen Investmentfonds oder ein Investmentsystem für gemeinsame Anlagen, bei dem die Fondsanteile, Gesellschaftsanteile oder sonstigen

Article 4**Definitions**

(1) For the purposes of this Agreement, unless otherwise defined:

- a) “Federal Republic of Germany” means the area in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force;
- b) “Andorra” means the land territory according to Andorran legislation and in accordance with international law within which the Principality of Andorra exercises jurisdiction or sovereign rights;
- c) “competent authority” means
 - (i) in respect of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its power; which in respect of criminal tax matters will be the Federal Ministry of Justice or the agency to which it has delegated its power,
 - (ii) in respect of the Principality of Andorra, the Minister in charge of Finance or the Minister’s authorised representative;
- d) “person” includes an individual, a company and any other body of persons,
- e) “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes,
- f) “publicly traded company” means any company whose principal class of shares is listed on a recognised stock exchange provided its listed shares can be readily purchased or sold by the public. Shares can be purchased or sold “by the public” if the purchase or sale of shares is not implicitly or explicitly restricted to a limited group of investors,
- g) “principal class of shares” means the class or classes of shares representing a majority of the voting power and value of the company,
- h) “recognised stock exchange” means any stock exchange agreed upon by the competent authorities of the Contracting Parties,
- i) “collective investment fund or scheme” means any pooled investment vehicle, irrespective of legal form. The term “public collective investment fund or scheme” means any collective investment fund or scheme provided the units, shares or other interests in the fund or scheme can be readily purchased, sold or redeemed by the public. Units, shares or other interests in the fund or scheme can be readily pur-

Article 4**Definicions**

(1) Excepte altres definicions, en aquest Acord s’entén per:

- a) “República Federal d’Alemanya”, el territori sobre el qual la legislació fiscal de la República Federal d’Alemanya està en vigor;
- b) “Andorra”, el territori del país, de conformitat amb la legislació andorran i amb el dret internacional, sobre el qual el Principat d’Andorra exerceix la seva jurisdicció o drets sobirans;
- c) “autoritat competent”
 - (i) pel que fa a la República Federal d’Alemanya, el Ministeri Federal de Finances o l’òrgan al qual ha delegat els seus poders; en matèria penal fiscal, és el Ministeri Federal de Justícia o l’òrgan al qual ha delegat els seus poders;
 - (ii) pel que fa al Principat d’Andorra, el ministre encarregat de les Finances o el seu representant autoritzat,
- d) “persona”, les persones físiques, les societats i qualsevol altre agrupació de persones;
- e) “societat”, qualsevol persona jurídica o qualsevol entitat que estigui considerada com una persona jurídica a efectes tributaris;
- f) “societat que cotitza en borsa”, qualsevol societat, la classe principal d’accions de la qual cotitzi en un mercat de valors reconegut, sempre que el públic pugui comprar-les o vendre-les fàcilment. Les accions poden ser adquirides o venudes “pel públic” si la compra o la venda de les accions no està restringida implícitament o explícitament a un grup limitat d’inversors;
- g) “classe principal d’accions”, la classe o les classes d’accions que representin la majoria dels drets de vot i del valor de la societat;
- h) “mercat de valors reconegut”, qualsevol mercat de valors acordat per les autoritats competents de les parts contractants;
- i) “fons o pla d’inversió col·lectiva”, qualsevol instrument d’inversió col·lectiva, independentment de la seva forma jurídica. El terme “fons o pla d’inversió col·lectiva pública” remet a qualsevol fons o pla d’inversió col·lectiva en què el públic pugui comprar, vendre o bescanviar fàcilment unitats, accions o altres participacions del fons o del pla. Les unitats, accions o altres participacions del fons o del pla poden

Anteile am Fonds oder System ohne Weiteres von jedermann erworben, veräußert oder zurückgekauft werden können. Fondsanteile, Gesellschaftsanteile oder sonstige Anteile am Fonds oder System können ohne Weiteres „von jedermann“ erworben, veräußert oder zurückgekauft werden, wenn der Erwerb, die Veräußerung oder der Rückkauf weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Anlegergruppe beschränkt ist;

- j) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ eine Steuer, für die das Abkommen gilt;
- k) bedeutet der Ausdruck „ersuchende Vertragspartei“ die um Informationen ersuchende Vertragspartei;
- l) bedeutet der Ausdruck „ersuchte Vertragspartei“ die um Erteilung von Informationen ersuchte Vertragspartei;
- m) bedeutet der Ausdruck „Maßnahmen zur Beschaffung von Informationen“ die Gesetze und Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren, die eine Vertragspartei zur Beschaffung und Erteilung der erbetenen Informationen befähigen;
- n) bedeutet der Ausdruck „Informationen“ Tatsachen, Erklärungen, Unterlagen oder Aufzeichnungen jeder Art;
- o) bedeutet der Ausdruck „Steuersachen“ alle Steuersachen einschließlich Steuerstrafsachen;
- p) bedeutet der Ausdruck „Steuerstrafsachen“ Steuersachen im Zusammenhang mit vorsätzlichem Verhalten, das nach dem Strafrecht der ersuchenden Vertragspartei strafbewehrt ist;
- q) bedeutet der Ausdruck „Strafrecht“ sämtliche nach dem jeweiligen Recht der Vertragsparteien als solche bezeichneten strafrechtlichen Bestimmungen, unabhängig davon, ob sie im Steuerrecht, im Strafgesetzbuch oder in anderen Gesetzen enthalten sind.

(2) Jeder in diesem Abkommen nicht näher definierte Ausdruck hat, sofern der Zusammenhang nichts anderes erfordert, die Bedeutung, die ihm zu dem Zeitpunkt zukam, zu dem das Ersuchen nach dem Recht dieser Vertragspartei gestellt wurde, wobei die Bedeutung nach dem anzuwendenden Steuerrecht dieser Vertragspartei Vorrang vor einer Bedeutung hat, die dem Ausdruck nach anderem Recht dieser Vertragspartei zukommt.

Artikel 5

Informationsaustausch auf Ersuchen

(1) Die zuständige Behörde einer Vertragspartei übermittelt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei Informationen für die in Artikel 1 genannten Zwecke. Diese Informationen werden ohne Rücksicht darauf erteilt, ob die ersuchte Vertragspartei diese Informationen für eigene steuerliche Zwecke benötigt oder ob das Verhalten, das Gegenstand der Ermittlungen ist, nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei eine Straftat

chased, sold or redeemed “by the public” if the purchase, sale or redemption is not implicitly or explicitly restricted to a limited group of investors,

- j) “tax” means any tax to which the Agreement applies,
- k) “requesting Contracting Party” means the Contracting Party requesting information,
- l) “requested Contracting Party” means the Contracting Party requested to provide information,
- m) “information gathering measures” means laws and administrative or judicial procedures that enable a Contracting Party to obtain and provide the requested information,
- n) “information” means any fact, statement, document or record in any form whatever,
- o) “tax matters” means all tax matters including criminal tax matters,
- p) “criminal tax matters” means tax matters involving intentional conduct which is liable to prosecution under the criminal laws of the requesting Contracting Party,
- q) “criminal laws” means all criminal laws designated as such under the respective law of the Contracting Parties irrespective of whether such are contained in the tax laws, the criminal code or other statutes.

(2) Any term not defined in this Agreement shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at the time the request was made under the law of that Contracting Party, any meaning under the applicable tax laws of that Contracting Party prevailing over a meaning given to the term under other laws of that Contracting Party.

Article 5

Exchange of Information upon request

(1) The competent authority of a Contracting Party shall provide upon request by the other Contracting Party information for the purposes referred to in Article 1. Such information shall be provided without regard to whether the requested Contracting Party needs such information for its own tax purposes or the conduct being investigated would constitute a crime under the laws of the requested Contracting Party if it had oc-

ser adquirides, venudes o bescanviades “pel públic” si la compra, la venda o el bescanvi no estan restringits implícitament o explícitament a un grup limitat d’inversors;

- j) “impost”, qualsevol impost cobert per aquest Acord;
- k) “part contractant requeridora”, la part contractant que sol·licita informació;
- l) “part contractant requerida”, la part contractant a la qual se sol·licita proporcionar informació;
- m) “mesures de recopilació d’informació”, les disposicions legislatives i els procediments administratius o judicials que permetin a una part contractant obtenir i proporcionar la informació sol·licitada;
- n) “informació”, qualsevol fet, declaració, document o enregistrament, amb independència de la seva forma;
- o) “en matèria fiscal”, qualsevol assumpte fiscal inclosos els assumptes fiscals penals;
- p) “en matèria fiscal penal”, qualsevol assumpte fiscal que impliqui un acte intencionat i que la part contractant requeridora pugui enjudiciar d’acord amb el seu dret penal;
- q) “dret penal”, les disposicions penals qualificades com a tal en el dret intern de les parts contractants, independentment que figurin en la legislació fiscal, el codi penal o altres lleis.

(2) Qualsevol terme que no estigui definit en aquest Acord, tret que el context requereixi una interpretació diferent, s’interpreta d’acord amb la legislació vigent de la part contractant en el moment de la sol·licitud, i preval el significat donat per les lleis fiscals aplicables de la part contractant per damunt del significat donat al terme per altres branques del dret de la part contractant.

Article 5

Intercanvi d’informació mitjançant sol·licitud

(1) L’autoritat competent de la part contractant requerida proporciona, a petició de l’altra part contractant, informació per a les finalitats previstes en l’article 1. Aquesta informació ha de ser proporcionada independentment del fet que la part requerida necessiti, o no, aquesta informació per a finalitats fiscals pròpies, o que l’acte objecte d’investigació constituïsi, o no, una infracció penal segons el dret de la part contrac-

darstellen würde, wäre es im Gebiet der ersuchten Vertragspartei erfolgt. Die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei stellt nur dann ein Auskunftsersuchen nach diesem Artikel, wenn sie die erbetenen Informationen nicht durch andere Maßnahmen in ihrem eigenen Gebiet erlangen konnte; ausgenommen sind Fälle, in denen der Rückgriff auf derartige Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

(2) Reichen die der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei vorliegenden Informationen nicht aus, um dem Auskunftersuchen entsprechen zu können, so ergreift diese Vertragspartei nach eigenem Ermessen alle geeigneten Maßnahmen zur Beschaffung von Informationen, die erforderlich sind, um der ersuchenden Vertragspartei die erbetenen Informationen zu erteilen, auch wenn die ersuchte Vertragspartei diese Informationen zu dem betreffenden Zeitpunkt nicht für eigene steuerliche Zwecke benötigt.

(3) Auf ausdrückliches Ersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei erteilt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei in dem nach ihrem Recht zulässigen Umfang Informationen nach diesem Artikel in Form von Zeugnisaussagen und beglaubigten Kopien von Originaldokumenten.

(4) Beide Vertragsparteien gewährleisten, dass ihre zuständigen Behörden in Übereinstimmung mit diesem Abkommen die Befugnis haben, folgende Informationen auf Ersuchen einzuholen oder zu erteilen:

- a) Informationen von Banken, anderen Finanzinstituten oder Personen, einschließlich Bevollmächtigten und Treuhändern, die als Vertreter oder Treuhänder handeln;
- b) (i) Informationen über das wirtschaftliche Eigentum an Gesellschaften, Personengesellschaften und anderen Personen, dies umfasst bei Investmentfonds oder Investmentssystemen für gemeinsame Anlagen Informationen über Gesellschaftsanteile, Fondsanteile und sonstige Anteile;
- (ii) bei Trusts Informationen über Treugeber, Treuhänder, Protpektoren und Treuhandbegünstigte; bei Stiftungen Informationen über Gründer und Mitglieder des Stiftungsrats sowie über Begünstigte;

dies gilt unter der Voraussetzung, dass durch dieses Abkommen keine Verpflichtung der Vertragsparteien geschaffen wird, Informationen über Eigentumsverhältnisse einzuholen oder zu erteilen, die börsennotierte Gesellschaften oder öffentliche Investmentfonds oder öffentliche Investmentssysteme für gemeinsame Anlagen betreffen, es sei denn, diese Informationen können ohne unverhältnismäßig große Schwierigkeiten eingeholt werden.

curred in the territory of the requested Contracting Party. The competent authority of the requesting Contracting Party shall only make a request for information pursuant to this Article when it is unable to obtain the requested information by other means in its own territory, except where recourse to such means would give rise to disproportionate difficulty.

(2) If the information in the possession of the competent authority of the requested Contracting Party is not sufficient to enable it to comply with the request for information, that Contracting Party shall use at its own discretion all applicable information gathering measures necessary to provide the requesting Contracting Party with the information requested, notwithstanding that the requested Contracting Party may not, at that time, need such information for its own tax purposes.

(3) If specifically requested by the competent authority of the requesting Contracting Party, the competent authority of the requested Contracting Party shall provide information under this Article, to the extent allowable under its laws, in the form of depositions of witnesses and authenticated copies of original records.

(4) Each Contracting Party shall ensure that its competent authorities, in accordance with the terms of this Agreement have the authority to obtain and provide upon request:

- a) information held by banks, other financial institutions, and any person, including nominees and trustees, acting in an agency or fiduciary capacity,
- b) (i) information regarding the beneficial ownership of companies, partnerships and other persons, including in the case of collective investment funds and schemes, information on shares, units and other interests;
- (ii) in the case of trusts, information on settlors, trustees, protectors and beneficiaries; and in the case of foundations, information on founders, members of the foundation council and beneficiaries,

provided that this Agreement does not create an obligation on the Contracting Parties to obtain or provide ownership information with respect to publicly traded companies or public collective investment funds or schemes unless such information can be obtained without giving rise to disproportionate difficulties.

tant requerida si aquesta conducta hagués tingut lloc en el territori de la part contractant requerida. L'autoritat competent de la part contractant requeridora únicament formula una sol·licitud d'informació d'acord amb aquest article quan no pugui obtenir la informació sol·licitada per altres mitjans en el seu territori, tret que això suposi dificultats desproporcionades.

(2) Si la informació de què disposa l'autoritat competent de la part contractant requerida no és suficient per poder donar compliment a la sol·licitud d'informació, la part requerida recorre, a discreció seva, a totes les mesures pertinents de recopilació d'informació per proporcionar a la part contractant requeridora la informació sol·licitada, independentment que la part contractant requerida no necessiti aquesta informació per a finalitats tributàries pròpies en aquell moment.

(3) Si l'autoritat competent de la part contractant requeridora ho sol·licita expressament, l'autoritat competent de la part contractant requerida proporciona informació en virtut d'aquest article, en la mesura que ho permeti el seu dret intern, en forma de declaracions de testimonis i de còpies autenticades de documents originals.

(4) Cada part contractant garanteix que, en virtut de les disposicions d'aquest Acord, les seves autoritats competents disposen del dret d'obtenir i de proporcionar prèvia sol·licitud:

- a) informació que estigui en poder de bancs, altres institucions financeres i qualsevol persona, inclosos els agents designats i fiduciaris, que actuï en qualitat de mandatària o fiduciària;
- b) (i) informació relativa a la propietat efectiva de societats, societats de persones, i altres persones, inclosa informació relativa a accions, unitats i altres participacions en el cas de fons i plans d'inversió col·lectiva,
- (ii) en el cas de fidúcies, informació sobre els fideïcomitents, els fiduciaris, els protectors i els beneficiaris; i en el cas de fundacions, informació sobre els fundadors, els membres del consell de la fundació i els beneficiaris;

sempre que aquest Acord no obligui les parts contractants a obtenir o proporcionar informació relativa a societats que cotitzen en borsa o a fons o plans d'inversió col·lectiva pública, tret que la informació pugui ser obtinguda sense que això suposi dificultats desproporcionades.

(5) Jedes Auskunftersuchen ist möglichst detailliert abzufassen und muss die folgenden schriftlichen Angaben enthalten:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) den Zeitraum, für den die Informationen erbeten werden;
- c) die Art der erbetenen Informationen und die Form, in der die Informationen der ersuchenden Vertragspartei vorzugsweise zur Verfügung zu stellen sind;
- d) den steuerlichen Zweck, für den um die Informationen ersucht wird;
- e) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen für die Durchführung des Steuerrechts der ersuchenden Vertragspartei in Bezug auf die unter Buchstabe a bezeichnete Person voraussichtlich erheblich sind;
- f) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen der ersuchten Vertragspartei vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich der ersuchten Vertragspartei befinden;
- g) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Informationen vermutlich befinden;
- h) eine Erklärung, dass das Ersuchen dem Recht und der Verwaltungspraxis der ersuchenden Vertragspartei entspricht, dass die erbetenen Informationen, würden sie sich im Hoheitsbereich der ersuchenden Vertragspartei befinden, von der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei nach deren Recht eingeholt werden könnten und dass das Ersuchen nach diesem Abkommen gestellt wurde;
- i) eine Erklärung, dass die ersuchende Vertragspartei alle ihr in ihrem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(6) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei bestätigt der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei den Eingang des Ersuchens; sie bemüht sich nach besten Kräften, der ersuchenden Vertragspartei die erbetenen Informationen innerhalb der kürzesten vertretbaren Frist zu übermitteln.

Artikel 6

Steuerprüfungen im Ausland

(1) Die ersuchende Vertragspartei kann bei angemessener Vorankündigung darum ersuchen, dass die ersuchte Vertragspartei, soweit dies nach deren Recht zulässig ist, Vertretern der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei die Einreise in das Gebiet der ersuchten Vertragspartei zur

(5) Any request for information shall be formulated with the greatest detail possible and shall specify in writing:

- a) the identity of the person under examination or investigation,
- b) the period for which the information is requested,
- c) the nature of the information sought and the form in which the requesting Contracting Party would prefer to receive it,
- d) the tax purpose for which the information is sought,
- e) the reasons for believing that the information requested is foreseeably relevant to the administration and enforcement of the tax law of the requesting Contracting Party, with respect to the person identified in subparagraph a) of this paragraph,
- f) grounds for believing that the information requested is held in the requested Contracting Party or is in the possession of or obtainable by a person within the jurisdiction of the requested Contracting Party,
- g) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information,
- h) a statement that the request is in conformity with the laws and administrative practices of the requesting Contracting Party, that if the requested information was within the jurisdiction of the requesting Contracting Party then the competent authority of the requesting Contracting Party would be able to obtain the information under the laws of the requesting Contracting Party and that it is in conformity with this Agreement,
- i) a statement that the requesting Contracting Party has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

(6) The competent authority of the requested Contracting Party shall acknowledge receipt of the request to the competent authority of the requesting Contracting Party and shall use its best endeavours to forward the requested information to the requesting Contracting Party with the least reasonable delay.

Article 6

Tax Examinations Abroad

(1) By reasonable notice given in advance, the requesting Contracting Party may request that the requested Contracting Party allow representatives of the competent authority of the requesting Contracting Party to enter the territory of the requested Contracting Party, to the extent permitted

(5) Les sol·licituds d'informació es formulen per escrit, de la forma més detallada possible, i han d'incloure:

- a) la identitat de la persona que és objecte d'un control o d'una investigació;
- b) el període de temps sobre el qual se sol·licita la informació;
- c) el tipus d'informació sol·licitada i la forma en què la part contractant requeridora prefereix rebre-la;
- d) la finalitat tributària per la qual se sol·licita la informació;
- e) els motius pels quals es considera que la informació sol·licitada és previsiblement pertinent per a l'aplicació i execució de la legislació fiscal de la part contractant requeridora, pel que fa a la persona identificada en la lletra a) d'aquest apartat;
- f) els motius pels quals es considera que la informació sol·licitada existeix en la part contractant requerida o que una persona sota la jurisdicció de la part contractant requerida la posseeix o pot obtenir-la;
- g) en la mesura que sigui possible, el nom i l'adreça de les persones de les quals es pot pensar que disposen de la informació sol·licitada;
- h) una declaració que certifiqui que la sol·licitud és conforme a la legislació i als procediments administratius de la part contractant requeridora, que si la informació sol·licitada es trobés sota la jurisdicció de la part contractant requeridora, l'autoritat competent de la part contractant requeridora podria obtenir-la d'acord amb la seva legislació interna i que la sol·licitud ha estat feta de conformitat amb aquest Acord;
- i) una declaració que certifiqui que la part contractant requeridora ha esgotat tots els mitjans disponibles en el seu territori per obtenir la informació, excepte aquells que suposarien dificultats desproporcionades.

(6) L'autoritat competent de la part contractant requerida acusa recepció de la sol·licitud de l'autoritat competent de la part contractant requeridora i s'esforça a transmetre la informació sol·licitada a la part contractant requeridora amb la menor demora possible.

Article 6

Controls fiscals a l'estranger

(1) Si ho notifica amb l'antelació suficient, la part contractant requeridora pot sol·licitar a la part contractant requerida que autoritzi representants de l'autoritat competent de la part contractant requeridora a entrar en el territori de la part contractant requerida, d'acord amb el seu dret intern, per

Befragung natürlicher Personen und Prüfung von Unterlagen gestattet, soweit die betreffenden natürlichen oder anderen Personen dem im Voraus schriftlich zugestimmt haben. Die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei über Zeitpunkt und Ort des geplanten Treffens mit den betreffenden natürlichen Personen.

(2) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei kann die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei gestatten, dass Vertreter der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei während des relevanten Teils einer Steuerprüfung im Gebiet der ersuchten Vertragspartei anwesend sind.

(3) Ist dem in Absatz 2 bezeichneten Ersuchen stattgegeben worden, so unterrichtet die zuständige Behörde der die Prüfung durchführenden ersuchten Vertragspartei so bald wie möglich die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei über Zeitpunkt und Ort der Prüfung, über die mit der Durchführung der Prüfung beauftragte Behörde oder den damit beauftragten Bediensteten sowie über die von der ersuchten Vertragspartei für die Durchführung der Prüfung vorgeschriebenen Verfahren und Bedingungen. Alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Steuerprüfung trifft die die Prüfung durchführende ersuchte Vertragspartei.

under its laws, to interview individuals and examine records with the prior written consent of the individuals or other persons concerned. The competent authority of the requesting Contracting Party shall notify the competent authority of the requested Contracting Party of the time and place of the intended meeting with the individuals concerned.

(2) At the request of the competent authority of the requesting Contracting Party, the competent authority of the requested Contracting Party may allow representatives of the competent authority of the requesting Contracting Party to be present at the appropriate part of a tax examination in the requested Contracting Party.

(3) If the request referred to in paragraph 2 is acceded to, the competent authority of the requested Contracting Party conducting the examination shall, as soon as possible, notify the competent authority of the requesting Contracting Party about the time and place of the examination, the authority or official designated to carry out the examination and the procedures and conditions required by the requested Contracting Party for the conduct of the examination. All decisions with respect to the conduct of the tax examination shall be made by the requested Contracting Party conducting the examination.

entrevistar persones físiques i examinar documents, amb el consentiment previ per escrit d'aquestes persones o d'altres persones concernides. L'autoritat competent de la part contractant requeridora notifica a l'autoritat competent de la part contractant requerida el moment i el lloc de l'entrevista a les persones físiques concernides.

(2) A petició de l'autoritat competent de la part contractant requeridora, l'autoritat competent de la part contractant requerida pot autoritzar els representants de l'autoritat competent de la part contractant requeridora a assistir a la fase rellevant d'un control fiscal en el territori de la part contractant requerida.

(3) Si s'accepta la sol·licitud prevista en l'apartat 2, l'autoritat competent de la part contractant requerida que dugui a terme el control notifica, al més aviat possible, a l'autoritat competent de la part contractant requeridora el moment i el lloc del control, l'autoritat o la persona autoritzada per dur a terme el control, i els procediments i les condicions requerits per la part contractant requerida per dur a terme el control. Qualsevol decisió relativa al desenvolupament del control és adoptada per la part contractant requerida que duu a terme el control.

Artikel 7

Möglichkeit der Ablehnung eines Ersuchens

(1) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei kann die Unterstützung ablehnen, wenn

- a) das Ersuchen nicht in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gestellt wurde;
- b) die ersuchende Vertragspartei nicht alle ihr in ihrem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen der Rückgriff auf derartige Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde;
- c) die Erteilung der erbetenen Informationen der öffentlichen Ordnung (ordre public) der ersuchten Vertragspartei widerspräche.

(2) Dieses Abkommen verpflichtet die ersuchte Vertragspartei nicht

- a) zur Übermittlung von Angaben, die einem Aussageverweigerungsrecht unterliegen, oder zur Preisgabe eines Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens, mit der Maßgabe, dass die in Artikel 5 Absatz 4 bezeichneten Informationen nicht allein schon deshalb als ein solches Geheimnis oder Geschäftsverfahren gelten,

Article 7

Possibility of Declining a Request

(1) The competent authority of the requested Contracting Party may decline to assist:

- a) where the request is not made in conformity with this Agreement;
- b) where the requesting Contracting Party has not pursued all means available in its own territory to obtain the information, except where recourse to such means would give rise to disproportionate difficulty; or
- c) where the disclosure of the information requested would be contrary to the public policy of the requested Contracting Party.

(2) This Agreement shall not impose upon a requested Contracting Party any obligation:

- a) to provide items subject to legal privilege, or any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, provided that information described in paragraph 4 of Article 5 shall not by reason of that fact alone be treated as such a secret or trade process; or

Article 7

Possibilitat de denegar una sol·licitud

(1) L'autoritat competent de la part contractant requerida pot denegar l'assistència:

- a) quan la sol·licitud no estigui formulada de conformitat amb aquest Acord;
- b) quan la part contractant requeridora no hagi esgotat tots els mitjans de què disposa en el seu territori per obtenir la informació, tret que recórrer-hi suposi dificultats desproporcionades, o
- c) quan la divulgació de la informació sol·licitada sigui contrària a l'ordre públic de la part contractant requerida.

(2) Aquest Acord no obliga la part contractant requerida:

- a) a proporcionar qualsevol informació subjecta a privilegis legals ni a revelar secrets de caire comercial, empresarial, industrial o professional, ni procediments comercials, sempre que la informació descrita en l'apartat 4 de l'article 5 no sigui considerada un secret o procediment comercial pel simple fet que reuneixi els criteris previstos en aquest apartat, ni

b) zur Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen, die von ihren Gesetzen und ihrer Verwaltungspraxis abweichen, soweit die Verpflichtungen einer Vertragspartei nach Artikel 5 Absatz 4 durch diesen Buchstaben nicht berührt werden.

(3) Auskunftersuchen können nicht aus dem Grund abgelehnt werden, dass die dem Ersuchen zugrunde liegende Steuerforderung streitig ist.

(4) Die ersuchte Vertragspartei ist nicht zur Einholung und Erteilung von Informationen verpflichtet, welche die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei nach ihrem Recht nicht einholen könnte, wenn sich die erbetenen Informationen im Hoheitsbereich der ersuchenden Vertragspartei befinden.

(5) Die ersuchte Vertragspartei kann ein Auskunftersuchen ablehnen, wenn die Informationen von der ersuchenden Vertragspartei zur Durchführung von Bestimmungen des Steuerrechts der ersuchenden Vertragspartei oder damit zusammenhängender Anforderungen erbeten werden, die einen Bürger der ersuchten Vertragspartei gegenüber einem Bürger der ersuchenden Vertragspartei unter den gleichen Umständen benachteiligen.

Artikel 8

Vertraulichkeit

(1) Die von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien erhaltenen und übermittelten Informationen sind vertraulich zu behandeln und ebenso geheim zu halten wie nach innerstaatlichem Recht der Vertragsparteien beschaffte Informationen.

(2) Diese Informationen dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit den in Artikel 1 bezeichneten Aufgaben befasst sind, und von diesen Personen oder Behörden nur für die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden; hierzu gehört die Entscheidung über Rechtsbehelfe. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden, sofern dies nach dem jeweiligen Recht der Vertragsparteien vorgesehen ist.

(3) Diese Informationen dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei nicht für andere als die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden.

(4) Die der ersuchenden Vertragspartei nach diesem Abkommen erteilten Informationen dürfen keinem anderen Hoheitsbereich bekannt gegeben werden.

(5) Personenbezogene Daten dürfen übermittelt werden, soweit dies zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich ist

b) to carry out administrative measures at variance with its laws and administrative practices, provided that nothing in this subparagraph shall affect the obligations of a Contracting Party under paragraph 4 of Article 5;

(3) A request for information shall not be refused on the ground that the tax claim giving rise to the request is disputed.

(4) The requested Contracting Party shall not be required to obtain and provide information which if the requested information was within the jurisdiction of the requesting Contracting Party the competent authority of the requesting Contracting Party would not be able to obtain under its laws.

(5) The requested Contracting Party may decline a request for information if the information is requested by the requesting Contracting Party to administer or enforce a provision of the tax law of the requesting Contracting Party, or any requirement connected therewith, which discriminates against a citizen of the requested Contracting Party as compared with a citizen of the requesting Contracting Party in the same circumstances.

Article 8

Confidentiality

(1) All information provided and received by the competent authorities of the Contracting Parties shall be kept confidential and shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of the Contracting Parties.

(2) Such information shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the purposes specified in Article 1, and used by such persons or authorities only for such purposes, including the determination of any appeal. For these purposes information may be disclosed in administrative or criminal investigations, in public court proceedings or in judicial decisions, if this is provided for in the respective laws of the Contracting Parties.

(3) Such information may not be used for any purpose other than for the purposes referred to in Article 1 without the expressed written consent of the competent authority of the requested Contracting Party.

(4) The information provided to a requesting Contracting Party under this Agreement may not be disclosed to any other jurisdiction.

(5) Personal data may be transmitted to the extent necessary for carrying out the provisions of this Agreement and subject to

b) a prendre mesures administratives que no siguin conformes al seu dret o als seus procediments administratius, sempre que les disposicions d'aquesta lletra no afectin les obligacions concretes per una part contractant en virtut de l'apartat 4 de l'article 5.

(3) Una sol·licitud d'informació no pot ser denegada pel fet que la demanda fiscal objecte de la sol·licitud sigui objecte d'oposició.

(4) La part contractant requerida no està obligada a obtenir i proporcionar informació si l'autoritat competent de la part contractant requeridora no pogués obtenir-la de conformitat amb la seva legislació en cas que aquesta informació es trobés sota la jurisdicció de la part contractant requeridora.

(5) La part contractant requerida pot denegar una sol·licitud d'informació si la part contractant requeridora sol·licita la informació per aplicar o fer executar una disposició de la legislació fiscal de la part contractant requeridora, o qualsevol obligació relativa que discrimini un nacional de la part contractant requerida respecte a un nacional de la part contractant requeridora en les mateixes circumstàncies.

Article 8

Confidencialitat

(1) Qualsevol informació proporcionada i rebuda per les autoritats competents de les parts contractants és tractada com a confidencial i ha de rebre el mateix tracte confidencial que la informació obtinguda d'acord amb el dret intern de les parts contractants.

(2) Aquesta informació únicament pot ser revelada a les persones o autoritats (inclosos tribunals i òrgans administratius) referides en les finalitats establertes en l'article 1, i emprada per aquestes persones o autoritats únicament per a les finalitats esmentades, incloses les decisions sobre recursos. A aquest efecte, la informació pot ser revelada en el marc d'investigacions administratives o penals, d'audiències públiques de tribunals o de resolucions judicials, si així ho estableix el dret intern de les parts contractants.

(3) Aquesta informació no pot ser emprada per a altres finalitats que les esmentades en l'article 1 sense el consentiment previ per escrit de l'autoritat competent de la part contractant requerida.

(4) La informació proporcionada a la part contractant requeridora de conformitat amb aquest Acord no pot ser revelada a cap altra jurisdicció.

(5) Es poden proporcionar dades personals sempre que siguin necessàries per complir les disposicions d'aquest Acord i

und vorbehaltlich des Rechts der übermittelnden Vertragspartei.

the provisions of the law of the supplying Contracting Party.

conformes al dret intern de la part contractant emissora.

Artikel 9

Kosten

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen sich über die Verteilung der Kosten der geleisteten Unterstützung (einschließlich angemessener Kosten Dritter und externer Berater, unter anderem im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten).

Article 9

Costs

The incidents of costs incurred in providing assistance (including reasonable costs of third Parties and external advisors in connection with litigation or otherwise) shall be agreed by the competent authorities of the Contracting Parties.

Article 9

Costes

Les autoritats competents de les parts contractants acorden quina part assumeix les costes que derivin de l'assistència prestada (incloues les despeses raonables que derivin dels serveis prestats per terceres parts i assessors externs en el marc d'un contenciós o amb altres finalitats).

Artikel 10

Verständigungsverfahren

(1) Bei Schwierigkeiten oder Zweifeln zwischen den Vertragsparteien bezüglich der Durchführung oder Auslegung des Abkommens bemühen sich die zuständigen Behörden, die Angelegenheit in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(2) Über die in Absatz 1 bezeichneten Vereinbarungen hinaus können sich die zuständigen Behörden der Vertragsparteien auf die nach den Artikeln 5, 6 und 9 anzuwendenden Verfahren verständigen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können zur Herbeiführung einer Einigung nach diesem Artikel unmittelbar miteinander verkehren.

(4) Die Vertragsparteien verständigen sich bei Bedarf auf Verfahren zur Streitbeilegung.

Article 10

Mutual Agreement Procedure

(1) Where difficulties or doubts arise between the Contracting Parties regarding the implementation or interpretation of the Agreement, the competent authorities shall endeavour to resolve the matter by mutual agreement.

(2) In addition to the agreements referred to in paragraph 1, the competent authorities of the Contracting Parties may mutually agree on the procedures to be used under Articles 5, 6 and 9.

(3) The competent authorities of the Contracting Parties may communicate with each other directly for purposes of reaching agreement under this Article.

(4) The Contracting Parties shall agree on procedures for dispute resolution should this become necessary.

Article 10

Procediment d'amigable composició

(1) Davant de qualsevol dificultat o dubte que sorgeixi entre les parts contractants pel que fa a l'aplicació o a la interpretació d'aquest Acord, les autoritats competents s'esforcen a resoldre la situació de mutu acord.

(2) A banda dels acords previstos en l'apartat 1, les autoritats competents de les parts contractants poden decidir de mutu acord els procediments a seguir pel que fa als articles 5, 6 i 9.

(3) Les autoritats competents de les parts contractants poden establir una comunicació directa per assolir un acord respecte a aquest article.

(4) Les parts contractants decideixen els procediments a seguir per a l'arranjament de les controvèrsies, si escau.

Artikel 11

Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Article 11

Protocol

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 11

Protocol

El Protocol annex forma part integrant d'aquest Acord.

Artikel 12

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

a) auf Steuerstrafsachen und

b) auf alle anderen unter Artikel 1 fallenden Angelegenheiten, jedoch nur in Bezug auf die am oder nach dem Tag des Inkrafttretens beginnenden Veranlagungszeiträume oder, soweit es keinen Veranlagungszeitraum gibt, bei allen am oder nach dem genannten Tag entstehenden Steuern.

Article 12

Entry into Force

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the date of exchange of the instruments of ratification and its provisions shall have effect:

a) for criminal tax matters on that date; and

b) for all other matters covered in Article 1 on that date, but only in respect of taxable periods beginning on or after that date or, where there is no taxable period, all charges to tax arising on or after that date.

Article 12

Entrada en vigor

(1) Aquest Acord ha de ser ratificat i els instruments de ratificació han de ser intercanviats al més aviat possible.

(2) Aquest Acord entrarà en vigor en la data d'intercanvi dels instruments de ratificació i tindrà efecte:

a) en matèria fiscal penal a comptar d'aquesta data; i

b) pel que fa a les altres qüestions previstes en l'article 1 en aquesta data, però únicament respecte als períodes impositius que comencin en aquesta data o posteriorment o, en el cas que no hi hagi període impositiu, pel que fa a totes les obligacions fiscals generades a partir d'aquesta data o posteriorment.

Artikel 13

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann das Abkommen durch ein Kündigungsschreiben an die andere Vertragspartei kündigen.

Article 13

Termination

(1) Either Contracting Party may terminate the Agreement by serving a notice of termination by letter to the other Contracting Party.

Article 13

Denúncia

(1) Cada part contractant pot denunciar aquest Acord mitjançant una carta de notificació de denúncia adreçada a l'altra part contractant.

(2) Eine solche Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitraum von drei Monaten nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei folgt.

(3) Wird das Abkommen gekündigt, so bleiben die Vertragsparteien in Bezug auf die nach dem Abkommen erhaltenen Informationen an Artikel 8 gebunden.

Geschehen zu Berlin am 25. November 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher, katalanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des katalanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

(2) Such termination shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of notice of termination by the other Contracting Party.

(3) If the Agreement is terminated, the Contracting Parties shall remain bound by the provisions of Article 8 with respect to any information obtained under the Agreement.

Done at Berlin, this 25th day of November, 2010, in duplicate, in the German, Catalan and English languages, each text being authentic. In case of divergence the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Per la República Federal d'Alemanya

Guido Westerwelle

Für das Fürstentum Andorra
For the Principality of Andorra
Pel Principat d'Andorra

Xavier Espot Miró

(2) Aquesta denúncia té efecte el primer dia del mes següent a la fi del període de tres mesos a comptar de la data de recepció de la notificació de denúncia de l'altra part contractant.

(3) Després de la denúncia de l'Acord, les parts contractants segueixen obligades per les disposicions de l'article 8 pel que fa a la informació obtinguda en aplicació d'aquest Acord.

Berlín, el 25 de novembre del 2010, fet en dos exemplars, en les llengües alemanya, catalana, i anglesa. Tots els textos són fe-faents. El text en llengua anglesa preval en cas de divergència entre els textos.

Protokoll
zu dem Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Fürstentum Andorra
über den Informationsaustausch in Steuersachen

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Principality of Andorra
on Exchange of Information relating to Tax Matters

Protocol
de l'Acord
entre la República Federal d'Alemanya
i el Principat d'Andorra
per a l'intercanvi d'informació en matèria fiscal

Die Bundesrepublik Deutschland und das Fürstentum Andorra (die „Vertragsparteien“) haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Ländern über den Informationsaustausch in Steuersachen nachstehende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. In Bezug auf Artikel 5 Absatz 5 Buchstabe a gilt als vereinbart, dass die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt, anhand anderer identifizierender Angaben als des Namens festgestellt werden kann.
2. In Bezug auf Artikel 8 Absatz 5 gewährleisten die Vertragsparteien den Schutz personenbezogener Daten in einem Umfang, welcher der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr entspricht. Darüber hinaus gilt Folgendes:
 - a) Die empfangende Stelle kann diese Daten in Übereinstimmung mit Artikel 8 Absatz 3 nur zu dem von der übermittelnden Stelle angegebenen Zweck verwenden und unterliegt dabei den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen und mit Artikel 8 in Einklang stehenden Bedingungen.
 - b) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 3 können die Informationen, die in einem Ersuchen oder in Beantwortung eines Ersuchens übermittelt werden, für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Vertragsparteien für diese anderen Zwecke verwendet werden können

The Federal Republic of Germany and the Principality of Andorra (the “Contracting Parties”) have agreed at the signing of the Agreement between the two countries on Exchange of Information relating to Tax Matters on the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement:

1. With respect to subparagraph a of paragraph 5 of Article 5 it is understood that the identity of the person under examination or investigation may be determined by identifying information other than the name.
2. With respect to paragraph 5 of Article 8 the Contracting Parties shall ensure the protection of personal data at a level that is equivalent to that of Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data. In addition the following shall apply:
 - a) The receiving agency may use such data in compliance with paragraph 3 of Article 8 only for the purpose stated by the supplying agency and shall be subject to the conditions prescribed by the supplying agency and that conform with Article 8.
 - b) Notwithstanding the provisions of paragraph 3 of Article 8, the information supplied in a request or in a response thereto may be used for other purposes, if under the law of both Contracting Parties it may be used for these other purposes and the competent authority of the other Contracting Party has agreed to this

En signar l'Acord entre ambdós països per a l'intercanvi d'informació en matèria fiscal, la República Federal d'Alemanya i el Principat d'Andorra (les “parts contractants”) acorden que les disposicions següents formen part integrant de l'Acord esmentat:

1. Pel que fa a la lletra a) de l'apartat 5 de l'article 5, s'entén que la identitat de la persona que és objecte d'un control o d'una investigació pot ser determinada per dades identificatives altres que el nom.
2. Pel que fa a l'apartat 5 de l'article 8, les parts contractants garanteixen la protecció de les dades personals en la mateixa mesura que la Directiva 95/46/EC del Parlament Europeu i del Consell, del 24 d'octubre de 1995, relativa a la protecció de les persones físiques pel que fa al tractament i a la lliure circulació de dades personals. També s'apliquen les disposicions següents:
 - a) L'autoritat receptora empra aquestes dades d'acord amb l'apartat 3 de l'article 8 únicament amb la finalitat establerta per l'autoritat emissora i està subjecta a les condicions fixades per l'autoritat emissora i conformes a l'article 8.
 - b) Malgrat les disposicions de l'apartat 3 de l'article 8, la informació proporcionada amb una sol·licitud o en respondre una sol·licitud pot ser emprada per a altres finalitats, si el dret intern d'ambdues parts contractants ho permet i si l'autoritat competent de l'altra part contractant accepta aquest ús. Només es permet emprar

und die zuständige Behörde der jeweils anderen Vertragspartei dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde der übermittelnden Vertragspartei ist eine Verwendung für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder zum Schutz bedeutender Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde der übermittelnden Vertragspartei unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig und die empfangende Stelle nimmt unverzüglich die Löschung der Daten vor. Ein durch die Verwendung der Informationen für den anderen Zweck verursachter Schaden ist zu ersetzen.

- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 1 und die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten, wenn im konkreten Fall die ernstliche Möglichkeit besteht, dass die andere Vertragspartei ein Besteuerungsrecht hat, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei ohne die Information von dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.
- d) Auf Ersuchen unterrichtet die empfangende Stelle die übermittelnde Stelle im Einzelfall über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- e) Die empfangende Stelle hat den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle zu informieren. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.

use. Use for other purposes without the prior approval of the Contracting Party is permissible only if it is needed to avert in the individual case at hand an imminent threat to a person of loss of life, bodily harm or loss of liberty, or to protect significant assets and there is danger inherent in any delay. In such a case the competent authority of the supplying Contracting Party must be asked without delay for retroactive authorisation of the change in purpose. If authorisation is refused, the information may no longer be used for the other purpose and the receiving agency shall erase the data supplied without delay. Any damage which has been caused by use of the information for the other purpose must be compensated.

- c) The supplying agency shall be obliged to exercise vigilance as to the accuracy of the data to be supplied and the foreseeable relevance within the meaning of Article 1 and the proportionality to the purpose for which they are supplied. Data are foreseeably relevant if in the concrete case at hand there is the serious possibility that the other Contracting Party has a right to tax and there is nothing to indicate that the data are already known to the competent authority of the other Contracting Party or that the competent authority of the other Contracting Party would learn of the taxable object without the information. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the receiving agency shall be informed of this without delay. That agency shall be obliged to correct or erase such data without delay.
- d) The receiving agency shall on request inform the supplying agency on a case-by-case basis about the use of the supplied data and the results achieved thereby.
- e) The receiving agency shall inform the person concerned of the collecting of data at the supplying agency. The person concerned need not be informed if and as long as on balance it is considered that the public interest in not informing him outweighs his right to be informed.

aquesta informació per a altres finalitats sense el consentiment previ de la part contractant requerida, a fi d'evitar una amenaça imminent de mort, danys físics o privació de llibertat contra una persona física, o a fi de protegir béns valuosos d'un perill inherent en qualsevol moment. En aquest cas, cal sol·licitar de forma immediata a l'autoritat competent de la part contractant requerida una autorització retroactiva per emprar aquesta informació per a altres finalitats. Si es denega l'autorització, la informació deixarà de ser emprada per a l'altra finalitat i l'autoritat receptora eliminarà les dades proporcionades de forma immediata. Els perjudicis causats pel canvi d'ús de la informació han de ser compensats.

- c) L'autoritat emissora està obligada a garantir que les dades que es faciliten són precises i previsiblement pertinents respecte al significat de l'article 1 i que són proporcionals a la finalitat per a la qual es faciliten. Les dades són previsiblement pertinents si en un cas concret és molt possible que l'altra part contractant tingui dret a gravar un bé sense haver-hi res que indiqui que l'autoritat competent de l'altra part contractant disposa d'aquestes dades, o que coneix l'existència del bé gravable sense disposar d'aquestes dades. Si s'han proporcionat dades imprecises o dades que no s'havien d'haver proporcionat, l'autoritat receptora en serà informada sense demora. Aquesta autoritat està obligada a corregir o a eliminar aquestes dades de forma immediata.
- d) A petició de l'autoritat emissora, l'autoritat receptora l'informa cas per cas sobre l'ús de les dades proporcionades i els resultats obtinguts.
- e) L'autoritat receptora informa la persona concernida sobre la recopilació de dades per part de l'autoritat emissora. No és necessari informar la persona concernida en el cas que i mentre es consideri que l'interès públic a no informar-la supera el seu dret a ser informada.

- f) Der Betroffene ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehene Verwendung zu unterrichten. Buchstabe e Satz 2 gilt entsprechend.
- g) Wird jemand im Zusammenhang mit Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. In jedem Fall sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- j) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
3. Nach Artikel 9 des Abkommens wird einvernehmlich entschieden, dass reguläre Kosten der Erledigung eines Auskunftersuchens von der ersuchten Vertragspartei getragen werden. In der Regel decken die regulären Kosten die internen Verwaltungskosten der zuständigen Behörde sowie geringfügige externe Kosten, wie beispielsweise Kurierdienstkosten. Alle angemessenen Kosten, die Dritten bei der Erledigung des Auskunftersuchens entstehen, gelten als außergewöhnliche Kosten und sind von der ersuchenden Vertragspartei zu tragen. Zu den außergewöhnlichen Kosten zählen unter anderem folgende Kosten:
- a) angemessene Gebühren, die für Mitarbeiter erhoben werden, die Dritte zur Unterstützung bei der Erledigung des Ersuchens beschäftigen;
- b) angemessene Gebühren, die Dritte für Rechercharbeiten erheben;
- f) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. The second sentence of paragraph e) shall apply accordingly.
- g) The receiving agency shall bear liability under its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage in connection with the supply of data under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the receiving agency may not plead to its discharge that the damage had been caused by the supplying agency.
- h) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.
- i) Where the domestic law of the supplying agency contains special deadlines for the deletion of the personal data supplied, that agency shall inform the receiving agency accordingly. In any case, supplied personal data shall be erased once they are no longer required for the purpose for which they were supplied.
- j) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.
3. Pursuant to Article 9 of the Agreement it is mutually decided that ordinary costs that are incurred for the purpose of responding to a request for information will be borne by the requested Contracting Party. Such ordinary costs will normally cover internal administration costs of the competent authority and any minor external costs such as the cost of couriers. All reasonable costs incurred by third Parties in complying with the request for exchange of information are considered extraordinary costs and will be borne by the requesting Contracting Party. Examples of extraordinary costs include, but are not limited to, the following:
- a) reasonable fees charged for staff employed by third parties in assisting with the request;
- b) reasonable fees charged by third parties for carrying out research;
- f) Si així ho sol·licita prèviament, s'informa la persona concernida de les dades proporcionades relatives a la seva persona i de l'ús que es donarà a aquestes dades. La segona frase de la lletra e) s'aplica de la forma corresponent.
- g) L'autoritat receptora es responsabilitza, de conformitat amb la seva legislació interna, de les persones que pateixin perjudicis il·legalment causats per les dades proporcionades per a l'intercanvi d'informació en virtut d'aquest Acord. A fi d'eximir-se de les responsabilitats derivades, l'autoritat receptora no pot al·legar que el perjudici a les persones afectades ha estat causat per l'autoritat emissora.
- h) Les autoritats emissora i receptora estan obligades a guardar els documents oficials de la recepció i tramesa de dades personals.
- i) Quan la legislació interna de l'autoritat emissora prevegi terminis especials per eliminar les dades personals proporcionades, aquesta autoritat n'informa l'autoritat receptora. En qualsevol cas, s'eliminen les dades personals proporcionades quan ja no siguin necessàries per a la finalitat per a la qual es van proporcionar.
- j) Les autoritats emissora i receptora estan obligades a prendre mesures efectives per protegir les dades personals proporcionades contra l'accés, la modificació o la revelació no autoritzats.
3. Pel que fa a l'article 9 de l'Acord, s'acorda que les costes ordinàries que derivin de donar resposta a una sol·licitud d'informació van a càrrec de la part contractant requerida. Aquestes costes ordinàries inclouen les despeses administratives internes de l'autoritat competent i les despeses externes menors, com per exemple les de missatgeria. Les costes raonables que derivin dels serveis prestats per terceres parts per donar resposta a una sol·licitud d'informació es consideren costes extraordinàries i són assumides per la part contractant requeridora. Les costes extraordinàries inclouen, per exemple, les despeses següents, però no hi estan limitades:
- a) despeses raonables que derivin del personal contractat per terceres parts per donar resposta a la sol·licitud;
- b) despeses raonables que derivin de terceres parts per dur a terme la recerca d'informació;

- | | | |
|--|---|--|
| <p>c) angemessene Gebühren, die Dritte für das Kopieren von Unterlagen erheben;</p> <p>d) angemessene Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen, Dolmetschern oder Übersetzern;</p> <p>e) angemessene Kosten für die Übermittlung von Unterlagen an die ersuchende Vertragspartei;</p> <p>f) angemessene Prozessführungskosten der ersuchten Vertragspartei im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen;</p> <p>g) angemessene Kosten für eidliche mündliche Zeugenaussagen oder Zeugenaussagen vor Gericht; und</p> <p>h) angemessene, in Übereinstimmung mit den nach anzuwendendem Recht zulässigen Sätzen festgesetzte Kosten und Aufwendungen von Personen, die freiwillig zur Befragung, eidlichen mündlichen Zeugenaussage oder Zeugenaussage vor Gericht im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen erscheinen.</p> | <p>c) reasonable fees charged by third parties for copying documents;</p> <p>d) reasonable costs of engaging experts, interpreters, or translators;</p> <p>e) reasonable costs of conveying documents to the requesting Contracting Party;</p> <p>f) reasonable litigation costs of the requested Contracting Party in relation to a specific request for information;</p> <p>g) reasonable costs for obtaining depositions or testimony; and</p> <p>h) reasonable fees and expenses, determined in accordance with amounts allowed under applicable law, on the person who voluntarily appears for an interview, deposition or testimony relating to a particular information request.</p> | <p>c) despeses raonables que derivin de terceres parts per copiar la documentació;</p> <p>d) despeses raonables que derivin dels serveis prestats per experts, intèrprets o traductors;</p> <p>e) despeses raonables que derivin de la tramesa de documentació a la part contractant requeridora;</p> <p>f) despeses judicials raonables de la part contractant requerida que derivin d'una sol·licitud d'informació específica;</p> <p>g) despeses raonables que derivin de declaracions jurades o testimonis, i</p> <p>h) despeses raonables, establertes en funció dels imports permesos per la legislació aplicable, que derivin de l'assistència voluntària d'una persona a una entrevista, declaració jurada o testimoni pel que fa a una sol·licitud d'informació específica.</p> |
|--|---|--|

Die zuständigen Behörden konsultieren einander in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Kosten oberhalb eines Betrages von 500 Euro zu erwarten sind, um zu klären, ob die ersuchende Vertragspartei das Ersuchen weiterverfolgen und die Kosten tragen möchte.

The competent authorities will consult each other in any particular case where extraordinary costs are likely to exceed EUR 500 to determine whether the requesting Contracting Party will continue to pursue the request and bear the cost.

Les autoritats competents es consulten per als casos en què les costes extraordinàries superin 500 euros per determinar si la part contractant requeridora tira endavant la sol·licitud i n'assumeix el cost.

4. Formliche Mitteilungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien einschließlich der Ersuchen um Auskunft im Zusammenhang oder in Übereinstimmung mit dem geschlossenen Abkommen, sind schriftlich und auf direktem Wege an die nachfolgend angegebenen Adressen oder eine andere Adresse, die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei gegebenenfalls mitgeteilt hat, zu richten. Alle einem Auskunftersuchen folgenden Mitteilungen werden je nach Zweckmäßigkeit in schriftlicher oder mündlicher Form an die jeweils zuständige Behörde oder ihre bevollmächtigten Dienststellen gerichtet.
4. Formal communications, including requests for information, made in connection with or pursuant to the provisions of the Agreement entered into will be in writing directly to the competent authority of the other Contracting Party at the addresses given below, or such other address as may be notified by one Contracting Party to the other from time to time. Any subsequent communications regarding requests for information will be either in writing or verbally, whichever is most practical, between the earlier mentioned competent authorities or their authorised entities.
4. Les comunicacions formals, incloses les sol·licituds d'informació relatives o conformes a les disposicions de l'Acord en vigor, es fan per escrit i s'envien directament a l'autoritat competent de l'altra part contractant, a les adreces facilitades a continuació, o a l'adreça que periòdicament una part contractant notifiqui a l'altra part. Les comunicacions posteriors entre les autoritats competents de les parts o els seus representants autoritzats, relatives a sol·licituds d'informació es fan per escrit o verbalment, segons sigui més pràctic.

<p>Zuständige Behörde für die Bundesrepublik Deutschland:</p> <p>Bundeszentralamt für Steuern 53221 Bonn</p> <p>in Bezug auf Steuerstrafsachen:</p> <p>Bundesamt für Justiz 53094 Bonn</p>	<p>Zuständige Behörde für das Fürstentum Andorra:</p> <p>Ministeri de Finances C/Prat de la Creu, 62-64, AD500 Andorra la Vella</p> <p>in Bezug auf Steuerstrafsachen:</p> <p>die vorgenannte zuständige Behörde</p>	<p>Competent authority for the Federal Republic of Germany:</p> <p>Bundeszentralamt für Steuern 53221 Bonn</p> <p>In respect of criminal tax matters:</p> <p>Bundesamt für Justiz 53094 Bonn</p>	<p>Competent authority for the Principality of Andorra:</p> <p>Ministeri de Finances C/Prat de la Creu, 62-64, AD500 Andorra la Vella</p> <p>In respect of criminal tax matters:</p> <p>The above-mentioned competent authority</p>	<p>Autoritat competent per a la República Federal d'Alemanya:</p> <p>Bundeszentralamt für Steuern 53221 Bonn</p> <p>En matèria penal fiscal:</p> <p>Bundesamt für Justiz 53094 Bonn</p>	<p>Autoritat competent per al Principat d'Andorra:</p> <p>Ministeri de Finances C/Prat de la Creu, 62-64 AD500 Andorra la Vella</p> <p>En matèria penal fiscal:</p> <p>L'autoritat competent esmentada anteriorment</p>
--	--	--	---	---	---

Denkschrift

I. Allgemeines

1. Ziele und Bedeutung des Abkommens

Gegenstand des am 25. November 2010 unterzeichneten Abkommens ist die gegenseitige behördliche Unterstützung in Steuersachen und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch auf Ersuchen im Einzelfall.

Die Finanzbehörden haben steuerlich relevante Sachverhalte aufzuklären. Ihre Befugnisse sind jedoch auf das Inland beschränkt. Sind grenzüberschreitende Sachverhalte aufzuklären, können Beteiligte oder auskunftspflichtige Dritte, die im Ausland ansässig sind, von den Finanzbehörden nicht wie im Inland ansässige Beteiligte oder auskunftspflichtige Dritte zur Mitwirkung bei der Sachverhaltsaufklärung herangezogen werden. Die Finanzbehörden sind dann auf die Unterstützung ausländischer Behörden angewiesen. Fehlt die Bereitschaft anderer Staaten oder Gebiete, Unterstützung für Besteuerungszwecke zu gewähren, wird dadurch Steuerhinterziehung begünstigt oder gefördert. Die – gegenseitige – Unterstützung bei der Sachverhaltsaufklärung für Besteuerungszwecke ist umso bedeutender, als grenzüberschreitende Sachverhalte alltäglich geworden sind.

Andorra hat sich am 10. März 2009 gegenüber der OECD zur Akzeptanz der Grundsätze zu Transparenz und effektivem Informationsaustausch verpflichtet. Nachdem infolge der Bemühungen der G20-Staaten alle bedeutenden Finanzzentren im Jahr 2009 den OECD-Standard akzeptiert haben, hat auch Andorra damit begonnen, den OECD-Standard durch Abschluss bilateraler Vereinbarungen umzusetzen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens vom 25. November 2010 ist Andorra seiner Verpflichtung auch im Verhältnis zu Deutschland nachgekommen.

2. Die Gliederung des Abkommens

Inhalt, Aufbau und textliche Ausgestaltung des Abkommens entsprechen weitgehend dem OECD-Musterabkommen für Auskunftsaustausch aus dem Jahr 2002. Das Abkommen berechtigt jede Vertragspartei, die andere Vertragspartei um Auskunft oder Informationen in einer konkreten Steuersache zu ersuchen, die Gegenstand einer Ermittlung oder Untersuchung ist. Auskünfte werden in jedem Verfahrensstadium erteilt, d. h. sowohl im Steuerfestsetzungsverfahren als auch im Strafverfahren.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Zu Artikel 1

Der Artikel umschreibt in allgemeiner Form das Ziel des Abkommens, gegenseitige Amts- und Rechtshilfe durch Informationsaustausch zu leisten. Der Informationsaus-

tausch ist nicht auf Personen beschränkt, die im Gebiet einer Vertragspartei ansässig sind.

Zu Artikel 2

Artikel 2 bestimmt, dass eine Vertragspartei nicht verpflichtet ist, Auskünfte zu erteilen, über die ihre Behörden nicht verfügen und die sich auch nicht im Besitz einer Person in dieser Vertragspartei befinden oder die dieser Person zugänglich sind.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel bezeichnet die Steuern, für die das Abkommen gilt. Auf deutscher Seite sind es die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Versicherungssteuer einschließlich der auf diese Steuern erhobenen Zuschläge. Absatz 2 bestimmt, dass nach gesonderter Vereinbarung der Vertragsparteien das Abkommen auch für Steuern gleicher oder ähnlicher Art gilt, die nach der Unterzeichnung des Abkommens erhoben werden.

Zu Artikel 4

Absatz 1 definiert verschiedene, für die Anwendung des Abkommens grundlegende Begriffe. Absatz 2 enthält die aus den Doppelbesteuerungsabkommen bekannte Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel enthält die Bedingungen, unter denen Auskünfte und Informationen auf Ersuchen erteilt werden.

Absatz 1 bestimmt, dass sich die Vertragsparteien auf Ersuchen Auskünfte für die in Artikel 1 genannten Zwecke erteilen. Ein automatischer oder ein spontaner Auskunftsaustausch ist nicht Gegenstand des Abkommens. Um Auskünfte kann sowohl für Zwecke des normalen Besteuerungsverfahrens als auch für Zwecke eines Strafverfahrens ersucht werden. Die Auskünfte sind unabhängig davon zu erteilen, ob im Falle eines Strafverfahrens das zugrunde liegende Verhalten des Steuerpflichtigen auch im ersuchten Staat eine Straftat darstellen würde. Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen enthält ergänzende Regelungen zur Durchführung des Verfahrens.

Nach Absatz 2 hat die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei, wenn sie nicht im Besitz der erbetenen Informationen ist, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Informationen zu beschaffen, unabhängig davon, ob die ersuchte Vertragspartei die ersuchten Informationen für eigene steuerliche Zwecke benötigt.

Nach Absatz 3 kann eine Vertragspartei auch darum ersuchen, die Auskünfte, z. B. Zeugenaussagen, in einer bestimmten Form übermittelt zu bekommen.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien, sicherzustellen, dass Bankinformationen und Informationen über die Eigentumsverhältnisse an Gesellschaften und anderen Rechtsträgern stets zugänglich sind und damit auf Ersuchen zur Verfügung gestellt werden können. Die Erteilung solcher Informationen kann nicht unter Hinweis auf entgegenstehende Vorschriften im Recht der ersuchten Vertragspartei abgelehnt werden (Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b). Ausgenommen hiervon sind Auskünfte über die Eigentumsverhältnisse in Bezug auf börsennotierte Gesellschaften (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe f) oder Investmentvermögen (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i). Die Aufzählung der Banken und anderen Institute und Personen gemäß Buchstabe a stellt keine abschließende Aufzählung dar. Sie ist insbesondere nicht als eine Beschränkung der Befugnisse aus Absatz 1 zu verstehen.

Absatz 5 benennt die Angaben und Ausführungen, die ein Auskunftersuchen enthalten muss. Hierdurch soll die ersuchte Vertragspartei nicht nur in die Lage versetzt werden, die ersuchten Informationen einzuholen, sondern auch überprüfen zu können, dass die erbetenen Informationen tatsächlich für die Besteuerung voraussichtlich erheblich sind. Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen stellt klar, dass die Identität der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt, nicht nur durch den Namen, sondern auch durch andere hinreichend bestimmende Merkmale nachgewiesen werden kann.

Absatz 6 verpflichtet die ersuchte Vertragspartei, den Eingang des Ersuchens gegenüber der ersuchenden Vertragspartei zu bestätigen und sich um eine kurzfristige Auskunftserteilung zu bemühen.

Zu Artikel 6

Absatz 1 eröffnet die Möglichkeit, Vertreter einer Vertragspartei in den Hoheitsbereich der anderen Vertragspartei zum Zwecke der Befragung von Personen und der Prüfung von Unterlagen zu entsenden. Voraussetzung hierfür ist, dass dies nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei zulässig ist und die betroffenen Personen dem im Voraus schriftlich zugestimmt haben. Die Entscheidung, ob dem Ersuchen stattgegeben wird und welche Bedingungen und Voraussetzungen gegebenenfalls einzuhalten sind, obliegt ausschließlich der ersuchten Vertragspartei.

Darüber hinaus ist nach Absatz 2 ein Ersuchen dahingehend zulässig, dass Vertreter bei einer Steuerprüfung im anderen Hoheitsbereich anwesend sein dürfen. Über dieses Ersuchen entscheidet ebenfalls ausschließlich die ersuchte Vertragspartei.

Absatz 3 beschreibt das Verfahren für den Fall, dass einem Ersuchen nach Absatz 2 stattgegeben wird.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel bestimmt die Grenzen der Verpflichtung zur Auskunftserteilung.

Nach Absatz 1 ist die ersuchte Vertragspartei nicht verpflichtet, einem Ersuchen nachzukommen, wenn das Ersuchen nicht in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Abkommens gestellt wurde, die ersuchende Vertrags-

partei nicht alle ihre eigenen Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die Information zu beschaffen, oder die Erteilung der Auskünfte der öffentlichen Ordnung der ersuchten Vertragspartei entgegenstehen würde.

Nach Absatz 2 besteht für eine Vertragspartei keine Verpflichtung zur Auskunftserteilung, wenn die Informationen einem Aussageverweigerungsrecht unterliegen oder die Preisgabe eines Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens darstellen würden. Allerdings erlauben Ersuchen um Bankauskünfte und um Auskünfte über die Eigentumsverhältnisse an Gesellschaften und anderen Rechtsträgern nicht schon als solche eine Auskunftsverweigerung unter Berufung auf ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren.

Absatz 3 regelt, dass ein Auskunftersuchen nicht mit der Begründung abgelehnt werden kann, dass die zugrunde liegende Steuerforderung streitig ist.

Absatz 4 legt fest, dass die Auskunftserteilung abgelehnt werden kann, wenn die ersuchende Vertragspartei im umgekehrten Fall die Informationen nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht einholen kann.

Die ersuchte Vertragspartei kann nach Absatz 5 ein Auskunftersuchen ablehnen, wenn die Auskünfte der Anwendung von Vorschriften des Steuerrechts der ersuchenden Vertragspartei dienen, die Bürger der ersuchten Vertragspartei diskriminieren.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel verpflichtet zur vertraulichen Behandlung empfangener und erteilter Auskünfte.

Nach Absatz 1 dürfen die übermittelten Informationen nur den Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit den jeweiligen Maßnahmen nach Artikel 1 befasst sind. Nach Absatz 2 können die Auskünfte jedoch in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden. Nach Absatz 3 dürfen die übermittelten Informationen für andere als die in Artikel 1 genannten Zwecke nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei verwendet werden. Nach Absatz 4 dürfen die erteilten Auskünfte keinem anderen Hoheitsbereich bekannt gegeben werden. Personenbezogene Daten dürfen nach Absatz 5 nur insoweit übermittelt werden, als dies für die Durchführung des Abkommens erforderlich und nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei möglich ist. Ergänzende Bestimmungen zu der Übermittlung von personenbezogenen Daten enthält Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen.

Zu Artikel 9

Artikel 9 regelt die Frage der Kosten, die einer Vertragspartei im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informationen und der Erteilung von Auskünften entstehen. Nummer 3 des Protokolls zum Abkommen regelt Einzelheiten der Kostentragung. Die ersuchte Vertragspartei trägt alle regulären Kosten, die aufgrund des Auskunftersuchens anfallen. Außergewöhnliche Kosten trägt die ersuchende Vertragspartei.

Zu Artikel 10

Artikel 10 gibt den zuständigen Behörden die Möglichkeit, Schwierigkeiten oder Zweifel, die sich bei der Durchführung oder Auslegung des Abkommens ergeben, einvernehmlich zu regeln. Darüber hinaus können sich die zuständigen Behörden auf Verfahren zur Durchführung der Artikel 5, 6 und 9 verständigen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 weist auf das Protokoll als Bestandteil des Abkommens hin.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen über das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens. Nach Absatz 2 tritt das Abkommen am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft. Für Steuer-

strafsachen werden Auskünfte ab dem Inkrafttreten des Abkommens erteilt. Für alle anderen Steuerfragen ist eine Auskunftserteilung nur für Veranlagungszeiträume möglich, die ab dem Inkrafttreten des Abkommens beginnen. Soweit kein Veranlagungszeitraum besteht, erfolgt eine Auskunftserteilung nur für ab dem Inkrafttreten des Abkommens entstehende Steueransprüche.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Kündigung des Abkommens. Nach Absatz 1 kann jede Vertragspartei das Abkommen kündigen. Absatz 2 bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens nach erfolgter Kündigung. Dieser ist der erste Tag des Monats, der nach Ablauf von drei Monaten nach Zugang der Kündigung folgt. Absatz 3 bestimmt, dass die Vertragsparteien auch im Falle einer Kündigung des Abkommens an die Geheimhaltungspflichten des Artikels 8 im Hinblick auf die erhaltenen Auskünfte gebunden bleiben.